LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
19. Wahlperiode

Drucksache 19/**650**
10.09.2026

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Queeres Leben schützen – Vielfalt und Selbstbestimmung in Rheinland-Pfalz stärken

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Zu einem offenen Rheinland-Pfalz gehört, dass Menschen unterschiedlich leben, lieben und ihre Identität frei von Diskriminierung leben können. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, nicht-binäre Menschen sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Auch sie haben ein Recht darauf überall in unserem Land frei, sicher und selbstbestimmt leben zu können – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Lebens- und Familienform. Gleichzeitig erleben queere Menschen bundesweit weiterhin Ausgrenzung, Anfeindungen und Gewalt. Beleidigungen, Bedrohungen und gezielte Hetze schaffen zunehmend ein Klima der Unsicherheit und führen dazu, dass Betroffene ihre Sichtbarkeit einschränken. Auch das Bundeskriminalamt spricht in dem Zusammenhang von einer besorgniserregenden Entwicklung. Die registrierten queerfeindlichen Straftaten haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Und auch in Rheinland-Pfalz haben die polizeilich registrierten Straftaten gegen queere Menschen massiv zugenommen. Die queerfeindliche Attacke auf den CSD Berlin im Jahr 2026 ist der jüngste Höhepunkt dieses allgemein anhaltenden Trends.

Eine demokratische Gesellschaft darf nicht hinnehmen, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bedroht, abgewertet

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 15. September 2026 – Vorabdruck verteilt am 10. September 2026

oder angegriffen werden. Queerfeindliche Gewalt muss sichtbar gemacht, konsequent verfolgt und möglichst verhindert werden. Zugleich benötigen Betroffene verlässliche sowie erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote. Gerade dort, wo bislang ein erhebliches Dunkelfeld besteht, braucht es eine bessere Datengrundlage und niedrigschwellige Möglichkeiten, Vorfälle zu melden und Unterstützung zu erhalten.

Rheinland-Pfalz kann dabei auf einer starken queerpolitischen Grundlage aufbauen. In den letzten 15 Jahren hat die Landesregierung viele Strukturen geschaffen und kontinuierlich weiterentwickelt, die Akzeptanz fördern, Diskriminierung entgegenwirken und queeres Leben sichtbar machen. Mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wurde Queerpolitik als ressortübergreifende Aufgabe verankert und mit der Einsetzung eine:s Landesbeauftragte:n für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität erhielt die queere Community eine:n feste:n Ansprechpartner:in auf Landesebene. Rheinland-Pfalz hat sich zudem immer wieder auf Bundesebene für die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen und von Regenbogenfamilien eingesetzt. Sei es etwa im Rahmen der sogenannten „Ehe für Alle“, dem Selbstbestimmungsgesetz oder wie zuletzt im Rahmen des Abstammungsrechts. Gleichzeitig wurden die Zusammenarbeit mit QueerNet RLP, den queeren Beratungs-, Bildungs- und Vernetzungsangeboten sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für queere Strukturen im Land kontinuierlich gestärkt. An diesen Fortschritten gilt es anzuknüpfen. Es darf hier keinen Rückschritt geben. Ziel muss es sein, auf allen Ebenen Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen und der zunehmenden queerfeindlichen Gewalt eine entschlossene Politik entgegenzusetzen, die die Anliegen und Forderungen der queeren Community ernst nimmt und konsequent in politisches Handeln übersetzt. Dazu gehört auch eine Reform der Landesverfassung. Der Schutz vor Diskriminierung muss die gesellschaftliche Realität und die Vielfalt der Menschen in Rheinland-Pfalz angemessen widerspiegeln. Deshalb sollen sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität ausdrücklich in den Diskriminierungsschutz des Artikels 4 der Landesverfassung aufgenommen werden. Zugleich bietet eine Reform der Landesverfassung die Gelegenheit, weitere diskriminierungsanfällige und nicht mehr zeitgemäße Regelungen zu überprüfen und neu zu fassen. Dies gilt insbesondere für die Bezugnahme auf die „guten Sitten“, die heutigen Anforderungen an eine moderne, diskriminierungsfreie Verfassung nicht mehr gerecht wird.

II. Der Landtag Rheinland-Pfalz begrüßt,

- das Bekenntnis der Landesregierung zur freien Entfaltung unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten;
- das Bekenntnis zur Stärkung der Rechte und der Sichtbarkeit der queeren Community;
- die Fortführung des Aktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sowie der Arbeit des Landesbeauftragten für queere Lebensweisen;
- die angekündigte Unterstützung bei der Sensibilisierung der rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen sowie der Behörden;
- die Zusage der weiteren Aufarbeitung der queeren Verfolgungsgeschichte;
- die zugesagte Unterstützung für die Reform des Abstammungsrechts zur Gleichstellung von Regenbogenfamilien sowie die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

III. Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert daher die Landesregierung auf,

Sicherheit und Gewaltschutz

- Hass, Hetze und queerfeindlicher Stimmungsmache entschieden entgegenzutreten, die Prävention und Bekämpfung queerfeindlicher Hasskriminalität konsequent zu stärken;
- sicherzustellen, dass alle Christopher Street Days in Rheinland-Pfalz umfassend geschützt werden und sich die erforderlichen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen auf die gesamte Veranstaltung einschließlich der begleitenden Veranstaltungsformate und nicht allein auf den Demonstrationszug erstrecken;
- durch eine rheinland-pfälzische Lebenslagenstudie das Dunkelfeld queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung besser auszuleuchten und aus den Ergebnissen konkrete Präventions- und Schutzmaßnahmen abzuleiten;
- den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ nicht nur konsequent weiterzuentwickeln, sondern auch an aktuelle gesellschaftliche

Herausforderungen anzupassen und mit konkreten, überprüfbaren Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung und queerfeindlicher Gewalt zu hinterlegen;

Bildung und Prävention

- die Aufklärungs- und Präventionsarbeit für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu stärken, insbesondere das Bildungsprojekt „SCHLAU“ dauerhaft zu unterstützen und entsprechende Angebote landesweit verfügbar zu machen;
- den Sexualkundeunterricht zeitgemäß weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass unterschiedliche sexuelle Orientierungen, geschlechtliche Identitäten und Familienformen altersgerecht und diskriminierungsfrei berücksichtigt werden;
- das Projekt „Liebesleben“ in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit fortzuführen;
- die Belange queerer Kinder und Jugendlicher stärker in den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit zu verankern und Fortbildungsangebote zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie Familienvielfalt dauerhaft abzusichern;
- sicherzustellen, dass auf Schulzeugnissen die tatsächliche geschlechtliche Identität abgebildet werden kann, ohne dass hierfür eine Änderung des Personenstands nach dem Selbstbestimmungsgesetz erforderlich ist;

Queere Rechte und Antidiskriminierung

- sich auf Bundesebene und im Bundesrat für die Aufnahme der sexuellen und geschlechtlichen Identität in den besonderen Diskriminierungsschutz des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes einzusetzen;
- auf Bundesebene Vorhaben zu unterstützen, die Regenbogenfamilien rechtlich vollständig gleichstellen und moderne Familienrealitäten insbesondere im Abstammungs- und Adoptionsrecht angemessen berücksichtigen;
- sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsgesetzes einzusetzen und diskriminierende Regelungen und bestehende Schutzlücken abzubauen;

- sich auf Bundesebene für einen rechtssicheren und diskriminierungsfreien Zugang zu medizinisch notwendigen transitionsbezogenen Gesundheitsleistungen sowie deren verlässliche Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung einzusetzen;

- die im Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt verankerten Rechte konsequent umzusetzen und sicherzustellen, dass queere Menschen in Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Behörden wirksam vor Diskriminierung geschützt werden, ihre Rechte und Beschwerdemöglichkeiten kennen und niedrigschwelligen Zugang zu unabhängiger Beratung erhalten;

- in Rheinland-Pfalz kein Sonderregister für trans*, inter* und nicht-binäre Personen einzuführen und darauf hinzuwirken, dass auch in anderen Bundesländern das im Selbstbestimmungsgesetz verankerte Offenbarungsverbot konsequent umgesetzt wird;

- bestehende Beratungsangebote für queere Geflüchtete in Rheinland-Pfalz finanziell abzusichern und bedarfsgerecht auszubauen und die besonderen Schutzbedarfe bei der Unterbringung systematisch zu berücksichtigen;

- sich dafür einzusetzen, dass aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgte Menschen im Asylverfahren wirksam geschützt werden und bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems die besondere Schutzbedürftigkeit queerer Geflüchteter berücksichtigt wird;

Queere Beratungs-, Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen stärken

- die rheinland-pfälzischen queeren Zentren und Beratungsstrukturen dauerhaft abzusichern und insbesondere in den Oberzentren gemeinsam mit der queeren Community verlässliche Strukturen für Beratung, Begegnung und Schutz zu schaffen;

- Beratungs- und Unterstützungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen landesweit zu sichern und auszubauen sowie bei Polizei und Justiz weitere spezialisierte Ansprechstellen für queere Menschen zu schaffen;

- eine flächendeckende und bedarfsgerechte psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung queerer Menschen sicherzustellen und dabei insbesondere bestehende Versorgungslücken im ländlichen Raum abzubauen;
- spezialisierte Beratungs- und Versorgungsangebote für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen bedarfsgerecht auszubauen, dauerhaft finanziell abzusichern und stärker mit der medizinischen und psychotherapeutischen Regelversorgung zu vernetzen;
- zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen, die sich für Vielfalt, Menschenrechte und den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie einsetzen.

Für die Fraktion:
Pia Schellhammer